**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Datum 04.10.2006
	Schriftführerin Gitta Schablack
	Telefon-Nr. 02202/142647
Niederschrift	
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	Sitzung am Dienstag, 19. September 2006
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Sitzungszimmer 111, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 17:53 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 10.08.2006
444/2006**
- 4. Mitteilungen der Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**

6. **Gender Mainstreaming im Städtebau - Modellprojekt Pulheim**
445/2006
7. **Sachstand "Protest gegen die massive Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen"**
449/2006
8. **Präventionsangebot zum Thema "Sexueller Missbrauch"**
420/2006
9. **Frauenpolitische Informationen**
450/2006
10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B **Nichtöffentlicher Teil**

1. **Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen der Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Frau Lehnert eröffnet als stellvertretende Vorsitzende die neunte Sitzung des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann mit dem Hinweis, dass die Vorsitzende am heutigen Sitzungstermin verhindert ist. Sie begrüßt die Ausschussmitglieder und Gäste und stellt die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Frau Bendig weist darauf hin, dass die Tagesordnungspunkte 10 und 11 identische Texte vorweisen. Mit dem nachfolgenden korrekten Text zu TOP 11 der Sitzung vom 10.08.2006 „Frauenpolitische Informationen“ wird die Niederschrift genehmigt:
„Die Vorsitzende bedankt sich für die durch das Frauenbüro zur Verfügung gestellten Veröffentlichungen.“

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann aus der Sitzung vom 10.08.2006

@->

Frau Fahner berichtet, dass zur Einstellung der Förderung der Regionalstelle Frau und Beruf im Frauenbüro der Sachstand unverändert ist, zurzeit weiterhin Verhandlungen laufen. Frau Lehnert weist diesbezüglich auf das auf den Plätzen ausliegende Antwortschreiben des Ministeriums auf die Resolution des Ausschusses vom 10.08.2006 hin.

Das Antwortschreiben zu der unter TOP 12 von Frau Kreft gestellten Anfrage ist ihr im Original zugegangen und wird der Niederschrift beigelegt (*Anlage*).

<-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Lehnert nimmt Bezug auf die im Anschluss an die Sitzung vorgesehene Führung durch die Wanderausstellung Prävention „Sexueller Missbrauch“ in

Heidkamp (s. TOP 8) und ermittelt die interessierten Ausschussmitglieder zwecks telefonischer Ankündigung bei Frau Fassin vom Kinderschutzbund, die die Führung vornimmt.

Frau Lehnert weist auf eine Sondersitzung am 23.11.2006 des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport zusammen mit dem Jugendhilfeausschuss und dem AGFM zum Thema Kindertagesstätten- und Schulentwicklungsplanung hin. **Die für den 23.11.2006 terminierte reguläre Sitzung des AGFM wird aus Anlass dieses Sondertermins vorverlegt auf den 16.11.2006.**

Des Weiteren macht Frau Lehnert auf eine Veranstaltung am 26.10.2006 in Dortmund zum Thema Gender Mainstreaming aufmerksam und auf die Veranstaltung „Erben und Vererben“ des Frauenbüros gemeinsam mit dem Seniorenbüro am 27.09.2006. Zu beiden Veranstaltungen liegen Einladungen aus.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Frau Fahner kündigt eine Fahnenaktion von Terre des Femmes, die seit 5 Jahren jedes Jahr stattfindet, in diesem Jahr auch für Bergisch Gladbach an. Das Frauenbüro wird gemeinsam mit anderen interessierten Institutionen am 25.11.2006 drei große Fahnen vor dem Rathaus hissen, die eine Woche lang dort zu sehen sein werden. Eine der Fahnen ist zur Ansicht für die Ausschussmitglieder ausgestellt. Frau Fahner lädt die Mitglieder des Ausschusses ein, sich als Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann an der Aktion zu beteiligen, um ein Zeichen zu setzen gegen Gewalt gegen Frauen.

<-@

6 Gender Mainstreaming im Städtebau - Modellprojekt Pulheim

@->

Frau Fahner bezieht sich auf die Vorlage und sieht in der Fahrt nach Pulheim eine gute Möglichkeit, Gender Mainstreaming auch am konkreten, praktischen Beispiel zu erleben. Auf Nachfrage von Frau Schu berichtet Frau Fahner, dass ähnlich der Abwicklung des Bauvorhabens Busbahnhof Bensberg die von der ursprünglichen Planung abweichenden genderspezifischen Aspekte im Laufe des Verfahrens eingebracht wurden. In Pulheim soll ein solcher Prozess und die Ergebnisse vorgestellt werden.

Frau Lehnert gibt eine Liste an die Ausschussmitglieder weiter mit der Bitte, gegebenenfalls ihre Teilnahme an der Fahrt nach Pulheim am 02.11.06, darin zu vermerken mit dem Ziel, abschließend die Fahrtmodalitäten zu klären. (Ergebnis s. letzter Absatz zu Tagesordnungspunkt 7)

<-@

7 Sachstand "Protest gegen die massive Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen"

@->

Frau Lehnert begrüßt Herrn Geist vom Fachbereich 5 Jugend und Soziales.

Die Ausschussmitglieder diskutieren wegen der vorherigen Befassung anderer Fachausschüsse mit dem Thema „Erhöhung der Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen“ den Beratungsbedarf kontrovers. Frau Fahner weist auf diesbezügliche kritische Anmerkungen von Frau Bendig und Frau Schu darauf hin, dass es sich um eine Mitteilungsvorlage handele, die die aktuelle Argumentation der Verwaltung gegenüber dem protestführenden Verband berufstätiger Mütter wiedergebe. Eine Beschlussfassung in diesem Rahmen sei nicht vorgesehen.

Frau Scheerer berichtet für die Fraktion BÜNDNIS 90/GRÜNE, dass nach dortigen Berechnungen die Neufassung der Einkommensgruppen in 10.000er-Schritten dazu führe, dass Erhöhungen in den unteren Einkommensbereichen teilweise extrem hoch seien und bittet - nach Vorliegen der Tabellen - um Klärung. Als Beispiel nennt sie die Einkommensgruppe zwischen 21.000,00 € und 25.000,00 €. Hier sei nach der neuen Tabelle ein erheblicher Mehrbetrag zu zahlen, während z.B. in der Einkommensgruppe von 62.000,00 € bis 70.000,00 € eine Einsparung von 20 % zu verzeichnen sei. Die Beitragsentwicklung sei insoweit nicht genügend ausgewogen. Frau Kreft und Frau Schöttler-Fuchs sind derselben Auffassung, wobei Frau Schöttler-Fuchs andererseits die Beitragssenkung im Bereich der Ganztagsplätze für zweijährige Kinder gem. Tabelle 2 als positive Entwicklung sieht, weil hier ein hoher Platzbedarf zu verzeichnen sei. Die Anregung, die Beitragsstaffelung im unteren Einkommensbereich in 5.000er-Schritten vorzunehmen, wird von einigen Ausschussmitgliedern ausgesprochen.

Herr Geist weist vorab darauf hin, dass sich die Protestbriefe in Köln wie in Bergisch Gladbach auf die Einkommensgruppe über 80.000,00 € beziehen. Absicht der Verwaltung sei es gewesen, mit den neuen Beiträgen vom Grundsatz her untere Einkommen zu entlasten und höhere Einkommen stärker zu belasten und eine lineare einkommensbezogene Beitragssteigerung oder auch -senkung und eine gleichmäßige Steigerung bzw. Absenkung des Betreuungsunterhalts herbeizuführen. Die Zielsetzung, untere Einkommensgruppen zu entlasten, sei angesichts vorliegender Hochrechnungen, wonach für über 40 % der Kinder zukünftig keine Beiträge mehr zu zahlen sein werden, in einem hohen Maße erfüllt. Dieser Effekt sei durch die Anhebung der ersten Einkommensgruppe, die nach Landesrecht bei 12.271,00 € lag, auf jetzt 20.000,00 € zustande gekommen. Hinzu kämen die Kinder, die als zweites Geschwisterkind und als Kinder von Hartz IV-Empfänger/-innen beitragsfrei seien. Ausgleichend hierfür und wegen der Kürzung der Landeszuweisungen müssten andererseits Mehreinnahmen erzielt werden.

Auf weitere Nachfrage von Frau Scheerer berichtet Herr Geist, dass nach einer groben Einschätzung die Gruppe das Einsparpotential ausgleichen wird, die Geschwisterkinder hat. Nach der neuen Regelung muss entgegen der bisherigen Regelung des Landes für Geschwisterkinder, die auch eine GTK-geförderte Einrichtung besuchen, zumindest für das erste Geschwisterkind, der halbe Beitrag gezahlt werden.

Die Ausschussmitglieder beraten die Auswirkungen der neuen Beitragsbemessung. Dabei werden insbesondere die Mehrkosten der unteren Einkommensgruppen diskutiert, die durch die neue Zuordnung der Einkommensgruppen entstehen, z.B. von ehemals 12.271,00 € bis 24.542,00 € auf jetzt 20.000,00 € bis 30.000,00 €. Für die Gruppe der Familien mit einem Einkommen von 20.000,00 bis 24.542,00 € wird dabei eine deutliche Mehrbelastung festgestellt.

Herr Geist merkt an, dass die zunächst auch seitens der Verwaltung ins Auge gefasste Einstufung der Einkommensgruppen in 5.000er-Schritten etwa 700.000,00 € Mindereinnahmen bedeutet hätte und wegen der erhöhten Anzahl von Einkommensstufen einen erheblich höheren Verwaltungsaufwand.

Frau Beisenherz-Galas regt an, eine Überarbeitung der Beitragstabelle als Empfehlung dieses Ausschusses festzuhalten. Frau Lehnert lässt über die Beschlussfassung abstimmen.

Die Mitglieder des Ausschusses für die Gleichstellung von Frau und Mann empfehlen einstimmig folgende **Beschlussfassung** für den Jugendhilfeausschuss:

Bei einer Überarbeitung der Elternbeitragssatzung ist eine stärkere Entlastung insbesondere der unteren Einkommensgruppen anzustreben.

Frau Lehnert bedankt sich bei Herrn Geist für seine Ausführungen.

Zurückkommend auf TOP 6 haben sich gemäß den Eintragungen in der Teilnahmeliste folgende Ausschussmitglieder für die Fahrt nach Pulheim angemeldet: Kristel Bendig, Lennart Höring, Rosemarie Schu, Elke Lehnert, Brigitte Schöttler-Fuchs, Anne Kreft, Berit Winkels, Renate Beisenherz-Galas, Irmgard Vollmer, Herigart Binzberger. Für diese und eventuell noch nachzutragende, heute nicht anwesende Ausschussmitglieder soll ein entsprechender Dienstreiseantrag gestellt werden.

<-@

8 Präventionsangebot zum Thema "Sexueller Missbrauch"

@->

Frau Lehnert äußert sich sehr positiv über die im Rahmen dieses Präventionsangebots geleistete Arbeit des Kinderschutzbundes. Einige Ausschussmitglieder bekunden auf Nachfrage der stellvertretenden Vorsitzenden ihr Interesse, im Anschluss an die Sitzung an der von Frau Fassin und Herrn Zenz angebotenen Führung durch die Ausstellung teilzunehmen.

<-@

9 Frauenpolitische Informationen

@->

Frau Lehnert bedankt sich für die von Frau Fahner bereitgestellten Presseartikel und Veröffentlichungen.

<-@

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Es liegen keine Anfragen vor.

Frau Lehnert schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die

Nichtöffentlichkeit her.

<-@